

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

154 (5.7.1952)

ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM. zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann
gegründet 1898



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 20 Pf. — (Preisliste Nr. 4.) (Tel. ausgegeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

4. 58. Jahrgang

Samstag, den 5. Juli 1952

Nr. 154

Krise um Dr. Lukaschek

Adenauer stützt den Vertriebenenminister
Bonn (UP). Maßgebende Kreise des Bundesvertriebenenministeriums wandten sich energisch gegen Unterstellungen, Bundesminister Dr. Lukaschek habe sich während der Lastenausgleichsdebatten und auf dem Schlesierfest in Hannover gegenüber seiner eigenen Partei, der CDU/CSU, nicht loyal verhalten. Die gleichen Kreise wiesen Vorwürfe aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zurück. Lukaschek wolle den Vorsitzenden des Bundes vertriebener Deutscher, Dr. Kather, vom Amt des Aufsichtsratsvorsitzenden der Lastenausgleichsbank verdrängen.

In den letzten Tagen haben sich in Bonn erneute Spannungen zwischen der CDU/CSU und ihrem Vertriebenenminister ergeben. Einzelne Abgeordnete sollen sich mit Nachdruck für einen Wechsel in der Leitung dieses Ministeriums ausgesprochen und Dr. Linus Kather (CDU) als Nachfolger gefordert haben. Sie machen Lukaschek zum Vorwurf, während des Schlesierfestes in Hannover an einer SPD-Kundgebung teilgenommen und in der letzten Bundestagsdebatte um den Lastenausgleich die Haltung Kathers sachlich unrichtig gewürdigt zu haben.

Dr. Lukaschek hatte kürzlich eine eingehende Aussprache mit dem Bundeskanzler, in der eine Bereinigung des Falles erreicht worden sei. Adenauer und Lukaschek seien zur Auffassung gelangt, daß für einen Rücktritt aufgrund dieser Vorwürfe kein Anlaß vorhanden sei. Der Minister habe dabei betont, daß es sich bei der SPD-Veranstaltung in Hannover um eine Fotenehrung gehandelt habe, die nichts mit Parteipolitik zu tun hatte.

General Ridgway wird am Mittwoch in seiner Eigenschaft als NATO-Oberkommandierender nach England reisen. Der General ist soeben von Kopenhagen nach Paris zurückgekehrt.

Deutschlandnote „etwas geändert“

Adenauers Vorschläge teilweise berücksichtigt - Hochkommission soll mit Polen verhandeln

Bonn (E.B.). Die mit der Textierung der Deutschlandnote beauftragten Diplomaten der Westmächte haben während einer Konferenz im Pariser Außenministerium einen Teil der Vorschläge Dr. Adenauers berücksichtigt und den Wortlaut der Note „etwas geändert“.

Wie in Bonn verlautet, werden die drei Westmächte dem Kretz vorschlagen, daß eine Konferenz von Delegierten der USA, Englands, Frankreichs und der Sowjetunion zusammentreten soll, um auf Grund einer zentralen Tagesordnung die Möglichkeit der Abhaltung freier gesamtdeutscher Wahlen zu beraten. Ein Termin für diese Konferenz wurde angeblich noch nicht angesetzt. Die Deutschlandnote soll nächste Woche im Kretz überreicht werden. Obwohl man zunächst damit rechnete, daß der Bundeskanzler vorher noch einmal mit den Hochkommissaren zusammentrifft, um die Stellungnahme ihrer Regierungen zu seinen Vorschlägen zu erörtern, glaubt man beim jetzigen Stand der Dinge nicht mehr an eine solche Aussprache, die nach Berücksichtigung der Einwendungen des Bundeskanzlers gegen den ursprünglichen Text der Note überflüssig geworden sein soll.

Inzwischen hat das Bundeskabinett den Bericht Dr. Adenauers über seine Verhandlungen mit den Hochkommissaren gebilligt. Bundespräsident von Eckardt teilte in diesem Zusammenhang mit, Dr. Adenauer habe von den Alliierten nur neue Formulierungen erbeten, aber keine neuen Gedankengänge in die Note aufnehmen lassen wollen. In Kreisen der Alliierten war der Eindruck entstanden, der Kanzler wolle durch seine Vorschläge die Absendung der Note hinauszögern und Zeit gewinnen. Bundespräsident von Eckardt meinte hierzu, es bestehe kein Zusammenhang zwischen dem Ratifizierungstermin der Verträge in Bonn und den Wünschen Dr. Adenauers zur Änderung der Note.

Der Bundespräsident erklärte im Bayerischen Rundfunk, auch die Sowjetunion habe wie jeder Staat ein echtes Sicherheitsbedürfnis. „Ich glaube, alle freien Völker der Welt sind bereit, diesem Sicherheitsbedürfnis Rechnung zu tragen.“ Solange aber die Sowjets fremde Völker mit Gewalt bolschewisieren und zu Satelliten machen, sei keine wirkliche Befriedigung Europas und letztlich der ganzen Welt möglich.

„Das Problem unserer Sicherheit ist eng verknüpft mit der Gestaltung unseres Verhältnisses zur Sowjetunion. Wir müssen auf die Dauer — genau wie alle anderen Völker der freien Welt — zu normalen Beziehungen mit ihr zurückfinden“, sagte Eckardt in Anknüpfung an die westalliierte Deutschlandnote. „Wir fordern wirklich freie Wahlen unter neutraler Aufsicht und völlige Handlungsfreiheit für eine gesamtdeutsche Regierung.“

Die Bundesregierung hat die Hochkommission gebeten, Verhandlungen mit der polnischen Regierung über Erleichterungen bei der Rückführung der noch in Polen und in den polnisch verwalteten Gebieten östlich der Oder-Neiße lebenden Deutschen zu führen. In diesen Gebieten leben noch etwa 100.000 Deutsche, die zum größten Teil in die Bundesrepublik wollen. Die für die polnische Ausreisegenehmigung erforderlichen Heimatscheine, die in der Bundesrepublik beschafft werden, mußten auf Verlangen der polnischen Regierung bisher innerhalb von vier Wochen beigebracht werden. Da diese Frist im allgemeinen völlig unzureichend ist, hat die Bundesregierung die Hochkommission gebeten, sich bei der polnischen Regierung dafür einzusetzen, daß eine Frist von mindestens drei Monaten gewährt wird und daß das Recht auf Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit gewahrt bleibt. Die in Polen und den polnisch verwalteten Gebieten lebenden Deutschen haben nämlich in der letzten Zeit Kennkarten erhalten, die sie automatisch zu Polen stempelten.

Querschnitt der Woche

Von Eduard Funk

Wenn der Chronist die politischen Ereignisse dieser Woche überblickt, um die in einem Überblick verzeichneten Vorkommnisse um die wichtigste Nachricht zu gruppieren, dann entsinnt er sich unwillkürlich des Augenblicks, als stürmische Klingelzeichen des Fernschreibers am Dienstag kurz vor Mitternacht die Ankunft einer Eilmeldung signalisierten. Diese enthielt die Mitteilung, daß von 82 Mitgliedern des amerikanischen Senats 77 für die Ratifizierung der Bonner Konvention und 71 für die Ausweitung der amerikanischen Sicherheitsgarantie für die Bündnispartner des Atlantikpakts auf die Bundesrepublik gestimmt hatten.

Die deutschen Sozialdemokraten mögen zwar in gewissem Sinne recht haben, wenn sie diesem Ereignis den Charakter des Selbstverständlichen beimessen, weil die Amerikaner ein angeblich für sie vorteilhaftes und nach der Definition der SPD wenig verbindliches Abkommen akzeptierten. Aber es dünkt uns doch, daß ein solcher Kommentar zu wenig Gewicht der Tatsache zubilligt, daß eine überraschend hohe Mehrheit des Washingtoner Senats sich zu einer Politik der abendländischen Solidarität bekannte, die von den USA in Zukunft viele Opfer und vielleicht auch Risiken verlangt.

Vor allem aber — und das dürfte in keinem Falle übersehen werden — stellt der von 77 gegen 5 Senatoren gefällte Beschluß einen demonstrativen Verzicht der USA auf jenen Isolationsismus dar, der für Europa bisher eine nicht zu unterschätzende Gefahr bedeutete. Die These „Europe first“ (zuerst Europa) ist endgültig zur Maxime der amerikanischen Politik geworden, deren Geraden sich so oft von Männern abgebogen wurde, die den Schwerpunkt der amerikanischen Aktivität nach Ostasien verlagern wollten, während andere wieder die Liquidation aller auswärtigen Verpflichtungen empfahlen, um — die übrige Welt ihrem Schicksal überlassend — nur dem eigenen Wohlstand zu dienen.

Und noch ein Hinweis des Deutschlandvertrages durch den US-Senat erfolgte genau drei Tage nach dem Besuch Adenauers in Berlin, wo der amerikanische Außenminister unmißverständlich aus sprach, daß Westberlin unter dem militärischen Schutz der drei Alliierten stehe und diese gesonnen seien, Deutschlands Freiheit und Einheit mit allen Erfolg versprechenden Mitteln herbeizuführen. Daß der Deutschlandvertrag und die Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft den Bestand und die Freiheit der Bundesrepublik sichern werden, wird nicht einmal von der SPD bezweifelt, die nur gegen einzelne Bestimmungen dieser Verträge Einwendungen erhebt. Erich Ollenhauer hat dem Schreiber dieser Zeilen im persönlichen Gespräch zugegeben, daß auch die Sozialdemokraten im Grunde bereit seien, einen Wehrbeitrag im Rahmen einer Europa-Armee zu leisten, falls die deutsche Gleichberechtigung garantiert werde.

Während die Auseinandersetzung um dieses Thema seit kurzem von der politischen auf die juristische Ebene verlagert wurde (was die Parteidiskussion aller Schattierungen natürlich nicht hindert, sich auch weiterhin Propagandaschlachten zu liefern), blieb immer noch die Frage offen, ob diese Vertragswerke sich für oder gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands auswirken werden. Dr. Adenauer bejaht sie, während Dr. Schumacher verneint. Wer von beiden recht hat, kann solange nicht zweifelsfrei entschieden werden, als nicht die Probe aufs Exempel gemacht wurde. Dieses Exempel aber heißt Vier-Mächte-Konferenz.

Während die Amerikaner nicht an eine ehrliche Verhandlungsbereitschaft Moskaus glauben wollen und Dr. Adenauer eine Verzögerung seines außenpolitischen Programms befürchtet, drängen insbesondere die Franzosen und die deutschen Sozialdemokraten auf eine sofortige Konferenz mit den Sowjets. Das Argument, hierdurch werde die Ratifizierung der Bonner und Pariser Verträge verschoben, vielleicht sogar unmöglich gemacht, erscheint nicht recht einleuchtend, nachdem man ohnehin schon weiß, daß die Französische Nationalversammlung diese Ratifizierung sicher nicht vollziehen wird, ehe endgültig geklärt ist, ob eine Verständigung mit den Sowjets über Deutschland erreichbar ist oder nicht.

Um andererseits eine Vierer-Konferenz nach dem Muster von Pan Mun Jon zu vermeiden, gäbe es durchaus praktische Möglichkeiten. Die Westmächte müßten rechtzeitig eine klar umrissene Tagesordnung ausarbeiten, in der die Russen vor die unausweichliche Frage gestellt werden, ob und unter welchen Bedingungen sie mit freien Wahlen in ganz Deutschland einverstanden sind und welche Befugnisse sie einer gesamtdeutschen Regierung zuerkennen wollen, wobei nicht zuletzt deren territorialer Bereich festgelegt werden müßte. Sollten die Sowjets die Neigung zeigen, über diese Fragen erst monatelange Vorverhandlungen zu führen und die Konferenz in fruchtlose Debatten versauern zu lassen, dann könnte man sie durch fixe Termine unter Druck setzen, indem man ihnen eröffnet: Falls die Vier-Mächte-Konferenz nicht bis zum 1. September oder 1. Oktober positive Ergebnisse zeitigt, werden die Verhandlungen als aussichtslos betrachtet und die deutsch-alliierten Verträge ratifiziert.

Kampfstimmung bei den Republikanern

Ausschuß entscheidet zu Gunsten Tafts

Eisenhower: „Eiserner-Vorhang-Taktik“

Chicago (UP). Der von den Anhängern Tafts beherrschte Nationalausschuß der Republikanischen Partei hat, wie zu erwarten, zu seinen Gunsten entschieden und 16 Pro-Taft-Wahlmänner aus den Staaten Louisiana, Mississippi und Missouri als rechtmäßige Delegation anerkannt. Dieser Gruppe standen drei Delegationen von Anhängern Eisenhowers gegenüber, die ebenfalls auf die Entscheidung zum republikanischen Parteikonvent Anspruch erhoben. Es wurden jedoch nur drei „Gefolgsmänner“ des Generals als rechtmäßige Delegierte anerkannt. Strittig ist jetzt noch die Zusammensetzung der Delegation von Texas, die sich ebenfalls in Taft- und Eisenhowererlei gespalten hat. Da beide Seiten mit derselben Lautstärke für ihre Leute eintraten, hat Senator Taft als Kompromißlösung vorgeschlagen, daß von den 38 Wahlmännern dieses Staates 22 Delegierte aus dem Gefolge Tafts eingeladen werden und 16 aus dem Lager Eisenhowers.

Eisenhower, der gegenwärtig mit einem „Special-Siegeszug“ in Iowa und Pennsylvania neue Anhänger zu gewinnen sucht, brandmarkte das Vorgehen des Nationalausschusses als „Eiserner-Vorhang-Taktik“ einer kleinen Clique von Politikern. Er äußerte mit Zuversicht, daß sich die große Masse des Präsidentschaftskongresses gegen solche „Machenschaften“ auflehnen werde und prophezeite, daß sich diese rücksichtslose Taktik letzten Endes als „Bumerang“ auswirken werde. Die Anhänger Eisenhowers wollen die Entscheidung des Parteiausschusses vor dem Parteikonvent zur Sprache bringen, um eine Abstimmung vor dem Plenum zu erzwingen.

Die spannungsvolle Erwartung hat sich inzwischen bis zur Siedehitze gesteigert. Auch die Spannungen zwischen den Anhängern Tafts und Eisenhowers können kaum noch größer werden. Der Ton, in dem sie voneinander reden, unterscheidet sich überhaupt nicht mehr vom Tenor ihrer gemeinsamen Ausfälle gegen Präsident Truman und die Demokratische Partei Chicago war auch die Stadt, wo der republikanische Konvent 1952 tagte und sich spaltete. Die Anhänger Theodore Roosevelts beklagten sich damals bitter über die „Dampfwalzen-Taktik“ Präsident William H. Tafts bei seinen Bemühungen, erneut zum republikanischen Kandidaten gewählt zu werden, verließen den Konvent unter Protest, um ihren eigenen Kongreß abzuhalten und eigene Kandidaten aufzustellen. Das Ergebnis der Spaltung war der Wahlsieg des Demokraten Woodrow Wilson. Heute beschweren die Anhänger Eisenhowers sich in ähnlicher Weise über die „Dampfwalzen“, mit der Senator Robert Taft, der Sohn des damaligen Präsidenten William Taft, ihrer Ansicht nach den Konvent „überfahren“ will, um durch rücksichtslose politische Gewaltmanöver die Kandidatur zu erringen.

Die Buchmacher in Chicago säumen Taft und Eisenhower gleiche Chancen zur Gewinnung der republikanischen Präsidentschaftskandidatur ein. Die Werten stehen vorläufig noch 1:1 und die Buchmacher müssen

es wissen, denn es geht ja schließlich um ihr Geld.

MacArthur als Kompromiß?
Abgeordneter Joseph Martin, Vorsitzender des Präsidentschaftskongresses der Republikanischen Partei, hat MacArthur als den Kandidaten bezeichnet, der von den Republikanern möglicherweise für die Präsidentschaft nominiert werde. Es sei gut möglich, daß es zwischen General Eisenhower und Senator Taft zu einem totalen Rennen komme. In diesem Falle habe MacArthur alle Aussicht, als Kompromißkandidat nominiert zu werden.

Ein gemeinsamer Ausschuß von Senat und Repräsentantenhaus hat sich auf ein Verteidigungsbudget geeinigt, das im Rechnungsjahr 1952/53 militärische Ausgaben in Höhe von 46,6 Milliarden Dollar vorsieht. Dieses Budget ist eine Kompromißlösung, welche die Vorschläge beider Häuser auf einen Nenner bringt. Im Bereich der Luftflotte ist bis Mitte 1953 die Aufstellung von insgesamt 153 Geschwadern vorgesehen. Im Budget sind hierfür 12,7 Milliarden Dollar bereitgestellt. Für die Kriegsmarine ist der Bau eines zweiten Flugzeugträgers der „Forrestal“-Klasse von 60.000 Tonnen genehmigt worden.

Wilhelm Schmidtbonn gestorben

Bad Godesberg (UP). Der rheinische Dichter Wilhelm Schmidtbonn ist in Bad Godesberg im Alter von 76 Jahren einem Herzschlag erlegen. Schmidtbonn, der Träger des rheinischen Literaturpreises war, hat sich als Dramatiker und als Romanschriftsteller einen Namen gemacht. Seine Hauptwerke sind die Romane „An einem Strom geboren“ (1936), „Der dreieckige Marktplatz“ (1934) und „Albertuslegende“ (1947). Sein dramatisches Schaffen umschließt u. a. „Der verlorene Sohn“, „Die Schauspieler“ und „Mein Bruder Dietrich von Bern“. Geistig stand Schmidtbonn den Naturalisten nahe, besonders Eulenberg, Wilhelm Schäfer und auch Hermann Hesse.

„United States“ auf Rekordfahrt

Washington (UP). Der neueste Ozeanrieser der Handelsmarine der Vereinigten Staaten, der Passagierdampfer „United States“, der sich zur Zeit auf seiner „Jungfernfahrt“ über den Atlantischen Ozean befindet, hat in den ersten 20 Stunden und 24 Minuten 896 Seemeilen zurückgelegt. Das Schiff erreichte eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 34,11 Knoten. Damit hat es die Fahrtgeschwindigkeit der „Queen Mary“, die das „Blaue Band“ inne hat, bereits um fast drei Knoten überboten.

Lastenausgleich ist nun gesichert

Verabschiedung noch vor den Parlamentsferien - Die Beschlüsse des Vermittlungsausschusses

Bonn (UP). Der Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat hat einen Kompromiß in der Frage des Lastenausgleichs erzielt. Wie der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Kiesinger, und der Lastenausgleichsexperte der Koalitionspartei, Johannes Kunze, übereinstimmend erklärten, ist es gelungen, eine echte Vermittlung zwischen den verschiedenen Interessen zu erreichen. Damit sei der Lastenausgleich als gesichert anzusehen.

Bundestag und Bundesrat sollen das Gesetz noch vor den Parlamentsferien abschließen und endgültig beschließen. Nach den Angaben Dr. Kiesingers werden die Leistungen der Koalitionspartei, wie vom Bundestag festgelegt, in voller Höhe möglich sein. Nach dem Teil heftigen Abstimmungskämpfen hat sich der Vermittlungsausschuß entschlossen, die Hauptentscheidung in der vom Bundestag beschlossenen Form beizubehalten. Danach wird es keine Höchstgrenze für verlorene Vermögen geben, sondern lediglich eine progressive Abnahme des Entschädigungsanteils bei großen Vermögen festgesetzt.

In der am meisten umstrittenen Frage der Belastung der öffentlichen Hand wurde folgender Kompromiß erzielt: Die Vermögenssteuer wird nicht zu einem Teil der Lastenausgleichsabgabe, sondern bleibt eine Landessteuer. Die Länder verpflichten sich aber, die Erträge aus der Vermögenssteuer für die nächsten fünf Jahre in Höhe von 340 Millionen DM pro Jahr an den Lastenausgleichs-

fonds abzuführen. Als Ausgleich für ersparte Fürsorgeleistungen zahlen Bund und Länder jährlich 410 Millionen DM an den Lastenausgleichsfonds. Davon tragen der Bund ein Drittel und die Länder einschließlich Berlin zwei Drittel.

Der Vermittlungsausschuß billigte die im Lastenausgleichsgesetz vorgesehene Regelung, nach der die Vermögenssteuer von 1/2 auf ein Prozent erhöht werden soll. Entsprechend dem Grundgesetz wird bis zum Ende der nächsten fünf Jahre eine endgültige gesetzliche Regelung der Steuerquellen geschaffen werden. Dabei soll die Vermögenssteuer in den Lastenausgleich eingefügt werden.

Die Vertreter des Bundeslages erklärten sich damit einverstanden, daß der Fortbestand der Länder von der Lastenausgleichsabgabe freigestellt wird. Der Lastenausgleich wird entsprechend der Grundgesetzänderung teilweise in Auftragsverwaltung der Länder durchgeführt. Für den dabei entstehenden Verwaltungsaufwand können die Länder vier Prozent der Vermögenseinnahmen einbehalten. Ein Drittel der Vermögensabgabe kann bei der Einkommensteuer als Betriebsausgaben angerechnet werden. Bei landwirtschaftlichen Vermögen soll dieser Satz 5 Prozent betragen.

Der Vermittlungsausschuß hat sich schließlich darüber geeinigt, auch an nicht geschädigte Betriebe, die unter günstigen Bedingungen Dauerarbeitsplätze für Geschädigte schaffen, größere Darlehen zu gewähren.

Einigung auf 37 Prozent Bundesanteil

Kompromiß im Vermittlungsausschuß - Noch keine Erhöhung der Posttarife



37 Verletzte bei Zug-Zusammenstoß
400 Menschen waren in dem Sonderzug „Klingender Rheinländer“ gerade in bester Stimmung, als in der Nähe des Hauptbahnhof Neuß am Niederrhein der D-Zug Köln-Berlin den haltenden Sonderzug ramnte. Links die umgestürzte Maschine des D-Zuges Köln-Berlin.

Bonn (E.R.) Eine Erhöhung des Bundesanteils an den Ländererlösen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer von 27 auf 37 Prozent wird der Vermittlungsausschuß dem Bundestag und dem Bundesrat vorgeschlagen.

Bundesfinanzminister Schäffer erklärte nach der Sitzung des Vermittlungsausschusses am Freitag, man habe sich nunmehr auf diesen Prozentsatz geeinigt. Schäffer hatte ursprünglich 40 Prozent gefordert, womit der Bundestag einverstanden war, während die Ländervertreter den Vermittlungsausschuß anriefen. Mitglieder des Ausschusses sagten, man glaube, daß bei einer Inanspruchnahme von 37 Prozent dem Bund in diesem Haushaltsjahr rund 4,2 Milliarden DM rußeßen werden. Sollten die zu erwartenden Einnahmen des Bundes aus Bundessteuern und Zöllen die Summe von 15,6 Milliarden DM im Haushaltsjahr 1952/53 übersteigen, dann soll zudem für je 100 Millionen DM die mehr einkommen, der Bundesanteil an den Ländererlösen um ein Prozent gesenkt werden. Den Ländern verbleibt nach den Festsetzungen des Vermittlungsausschusses bei einer Abgabe von 37 Prozent immer noch mehr Geld, als sie im vergangenen Rechnungsjahr für ihre Haushalte zur Verfügung hatten.

Mit der Erhöhung der Postgebühren ist nach Mitteilung des Bundespostministeriums verläufig noch nicht zu rechnen. Was bisher über etwaige Tarifserhöhungen berichtet wurde, seien lediglich Überlegungen innerhalb des Bundespostministeriums gewesen. Bevor das Bundeskabinett und dann der Bundesrat diese Frage behandeln würde, würden alle interessierten Kreise, insbesondere Vertreter der gewerblichen Wirtschaft, der Deutschen Industrie und Handelstag (DIHT), Presse und Rundfunk, Postgewerkschaft und Beamtenbund Gelegenheit haben, die Tarife mit Vertretern des Bundespostministeriums zu besprechen. Ein Sprecher der Bundesregierung erklärte ergänzend, daß eine Tarifierhöhung zur Deckung des Finanzbedarfes der Post notwendig sei. In den Besprechungen mit den inter-

essierten Verbänden soll jedoch geprüft werden, ob Ausnahmen gemacht werden können, zum Beispiel für Zeitungen und Nachrichtenagenturen, die durch eine Erhöhung der Fernschreibgebühren besonders betroffen würden.

Nur siebenprozentige Erhöhung der Gültertarife

Der Bundesrat stimmte einer Erhöhung der Gültertarife bei der Bundesbahn nur um sieben Prozent zu. Bei Entfernungen über 230 Kilometer ermäßigt sich der Prozentsatz. Bundesverkehrsminister Dr. Seeborn hatte den Bundesrat dringend gebeten, angesichts des Finanzbedarfes der Bundesbahn die Gültertarife linear um zehn Prozent zu erhöhen. Seeborn wies darauf hin, daß die Züge in der letzten Zeit nur entgleist seien, weil der Bundesbahn Geld für ausreichende Instandsetzungsarbeiten und Erneuerungen fehle. Ferner würde eine nur siebenprozentige Erhöhung Entlassungen zur Folge haben. Seeborn kündigte an, daß die Bundesregierung dem Beschluß des Bundesrates wahrscheinlich nicht zustimmen werde. Zur Inkraftsetzung der Tarifierhöhung bedarf es der Übereinstimmung zwischen Bundesrat und Bundesregierung.

Die Ländervertreter billigten ferner das vom Bundestag bereits verabschiedete Getreidepreissetzgesetz. Zu dem Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Selbstverwaltung und über die Änderung von Vorschriften auf dem Gebiet der Sozialversicherung rief der Bundesrat im Hinblick auf die zahlreichen Änderungsanträge den Vermittlungsausschuß an.

Einmütig nahm der Bundesrat das Gesetz über die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten an, die von den Mitgliedstaaten des Europa-Rates beschlossen und bereits vom Bundestag gebilligt wurde. Schließlich verabschiedeten die Ländervertreter ein Auslieferungsabkommen der Bundesrepublik mit Frankreich. Nach dem Abkommen werden politische Häftlinge nicht ausgeliefert, sondern nur kriminelle. Dem Abkommen muß der Bundestag noch zustimmen.



Helene Mayer wieder in Deutschland

Nach 20jähriger Abwesenheit ist Helene Mayer, Olympiasiegerin im Florettfechten 1928 und Gewinnerin der Silbermedaille 1936, sowie Weltmeisterin 1937, aus den USA wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Die blonde „He“, wie sie von ihren Freunden genannt wurde, heiratete in München den Ingenieur Erwin Falkner von Sonneberg und hat sich nun vorübergehend in Stuttgart niedergelassen. In den USA war sie zuletzt als Professor der Staatswissenschaften an der City University in Kalifornien tätig. Unser Bild zeigt Helene Mayer mit dem Preis der Sportpresse, einer silbernen Schatulle, die sie vor rund zwei Jahrzehnten gewann.

Über diese Probleme hatte der Bundeskanzler am Donnerstag ein eingehendes Gespräch mit den Hochkommissaren, bei dem aber das zweite heikle Thema der deutschen Außenpolitik, die Saarfrage, nicht angeschnitten wurde. Je näher jedoch der Zeitpunkt der saarländischen Landtagswahlen heranrückte, um so drängender wird die Lösung dieses Konfliktes, der an Schärfe nichts einbüßte, nachdem der Saarbrücker Ministerpräsident Hoffmann bisher nicht die geringste Konzession zur Wiederherstellung demokratischer Zustände in seinem Lande machte. Da die Pariser Regierung es ihrerseits ablehnte, bei Herrn Hoffmann vorstellig zu werden (was auch kaum zu erwarten ist, solange Boten schaffter Grundval in Saarbrücken den Ton angibt), sollte man nun doch auf das Anerbieten Englands zurückgreifen, das seine guten Dienste bei einer Vermittlung offerierte.

Vielleicht werden übrigens auch im Fernen Osten die politischen und militärischen Entwicklungen in Zukunft etwas korrigiert, nachdem die britische Regierung die Bestellung eines Engländers als Stellvertreter des US-Oberbefehlshabers in Korea durchgesetzt hat. Die jüngste Debatte im Londoner Unterhaus eröffnete dafür allerdings nur wenig positive Perspektiven, denn sie kreiste vorwiegend um den Vorwurf, Churchill habe sich vor den Angriffen der US-Bomber auf die nordkoreanischen Kraftwerke nicht konsultieren lassen. Natürlich traf den Premier hieran kein Versehen; das ganze parlamentarische Intrigenpiel hatte daher auch nur zur Folge, daß Adhosen in die peinliche Lage versetzt wurde, sich wegen eines „Versehens“ entschuldigen zu müssen.

Daß der Ärger um diesen Zwischenfall in den USA nicht höhere Wellen schlug, ist wohl lediglich dem Umstand zuzuschreiben, daß die Amerikaner sich zur Zeit nur noch für das Wettrennen zwischen Senator Taft und General Eisenhower zu interessieren scheinen. Noch ist nicht vorzusagen, welcher der beiden Rivalen auf dem am Samstag beginnenden Parteikonvent der Republikaner zum Präsidentschaftskandidaten nominiert wird. Auch wenn Taft sich seines Sieges bereits sicher wähnt, braucht Eisenhower die Filinte noch lange nicht ins Korn zu werfen, denn auf diesem Konvent sitzen über 200 Delegierte, die sich noch für keinen Bewerber entschieden haben; ihre Stimmen werden also ausschlaggebend sein.

Sowjetprotest wegen Rundfunkgebäude

Gleichzeitig Warnung wegen Berlin-Flügen

Berlin (UP). General Tschukow, der Vorsitzende der sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland, protestierte in einem Schreiben an den britischen Hochkommissar Sir Ivone Kirkpatrick gegen „rechtswidrige Handlungen hinsichtlich des Rundfunkhauses“ in Westberlin. Tschukow verwies dabei auf das „zwischen den vier Mächten bestehende Abkommen, auf Grund dessen sich das Rundfunkhaus seit 1945 unter der Kontrolle der sowjetischen Behörden befindet“. Die sowjetischen Behörden könnten die „widerrechtliche Verletzung des viersseitigen Abkommens durch die britischen Behörden nicht unbeachtet lassen“. General Tschukow erklärte, er erhebe Protest und bestehe auf Einstellung der rechtswidrigen Handlungen, die den Zweck verfolgen, die normale Arbeit des Rundfunkhauses zu unterbinden. Die britische Berufung auf die „Änderung der bei der Kontrolle der Peripherie von Berlin geltenden Ordnung“ sei eine Frage, die in keinem Zusammenhang mit dem Rundfunkhaus stehe.

In zwei gleichzeitig abgeschickten Schreiben an den amerikanischen und französischen Hochkommissar in Deutschland protestierte Tschukow erneut gegen „unrechtmäßige Flüge amerikanischer und französischer Flugzeuge über dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik“.

Die sowjetischen Behörden haben die beiden Soldaten freigelassen, die, wie bereits gemeldet, von Volkspolizei und Sowjetsoldaten auf der S-Bahnstation Adlershof verhaftet worden waren. Inzwischen ist ein Unteroffizier der französischen Luftstreitkräfte von der Volkspolizei an der Grenze des französischen Sektors der Ostzone verhaftet worden.

„Nicht auf einen Augenblick warten“

Interview mit dem Bundeskanzler - Bonn unterstützt Frankreichs Europa-Vorschläge

Bonn (UP). Bundeskanzler Dr. Adenauer wandte sich mit Entschiedenheit gegen die These, bis zu einem Ausgleich zwischen Ost und West auf die Ratifizierung der deutsch-alliierten Verträge zu warten.

„Niemand wird vor der Geschichte bestehen können, der in entscheidenden Stunden die Augen schließt und untätig auf das Ergebnis eines Ausgleichs zwischen anderen wartet, der ihn mißbeißt und den er hätte beeinflussen können“, erklärte Dr. Adenauer in einem Interview mit einem UP-Korrespondenten, dem er die drei Möglichkeiten schilderte, denen sich die Bundesrepublik im gegenwärtigen Augenblick gegenübersehe.

„Mit der Ratifizierung der beiden Verträge werfen wir das Gewicht der Bundesrepublik und der ihr innerlich verbundenen Bevölkerung der Sowjetzone in die Waagschale der freien Welt“, betonte der Kanzler. „Wir haben allerdings noch andere Möglichkeiten: Wir können das Gewicht der Bundesrepublik in die Waagschale des totalitären Staatenblocks werfen“. Das stünde im Widerspruch zu den Grundanschauungen der Deutschen über die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Freiheiten, in denen „wir die Erfüllung unseres persönlichen Lebens und der Existenz unserer staatlichen Gemeinschaft sehen“. Eine letzte Möglichkeit bestände darin, überhaupt darauf zu verzichten, das Gewicht der Bundesrepublik zur Geltung zu bringen. „Unsere Verantwortung vor unseren Zeitgenossen und den künftigen Generationen verbietet aber einen solchen Verzicht“.

Der französische Vorschlag, unmittelbar nach dem Inkrafttreten des Schumanplanes mit der Ausarbeitung einer europäischen Verfassung zu beginnen, wurde von der Bundesregierung positiv aufgenommen. Sie ist bereit, jeden Plan zur schnellen Schaffung eines echten europäischen Parlamentes und einer europäischen Verfassung mit allen Kräf-

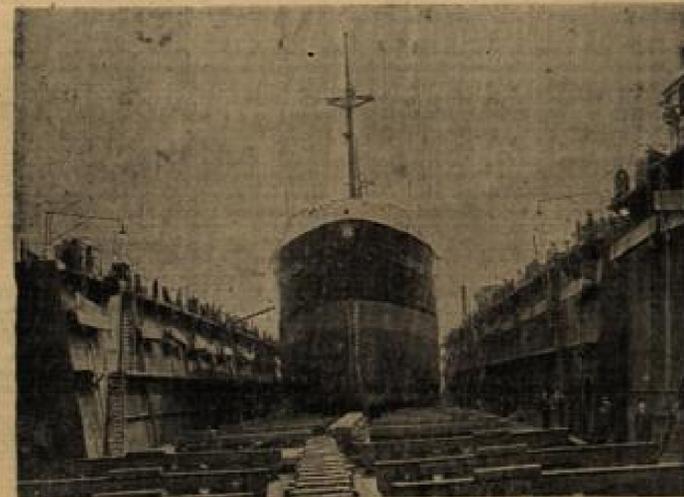
ten zu unterstützen. Der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft verbleibt die Beratende Versammlung dieser Gemeinschaft, eine europäische Verfassung auszuarbeiten und die Bildung einer europäischen Konföderation zu fördern.

Der Hauptausschuß der Beratenden Versammlung des Europa-Rats trat inzwischen in Paris zu einer Sitzung zusammen, um die Vorbereitungen für die Einberufung einer „Europäischen verfassungsgebenden Versammlung“ zu treffen. Er erörterte dabei vor allem den „Eden-Plan“, wonach die Beratende Versammlung mit anderen europäischen Behörden wie der Schumanplan-Organisation zusammengefaßt werden soll.

Rhee setzte sich im Parlament durch

Verfassungsänderung beschlossen - Verstärkter Druck der UN-Truppen

Pusan (UP). In seinem rigorosen Kampf gegen die Opposition konnte der südkoreanische Staatspräsident Syngman Rhee in der Nationalversammlung einen Teilerfolg verbuchen. Nachdem die Polizei genügend Abgeordnete zusammengesammelt hätte, um die Nationalversammlung beschlußfähig zu machen, einigten sich die Volksvertreter auf eine Kompromißformel der seit langem umstrittenen Verfassungsänderung, wonach der Präsident in Zukunft nicht mehr vom Parlament, sondern vom Volk direkt gewählt wird. Rhee hat diese Verfassungsänderung mit verschiedenen politischen Manövern durchgesetzt, außerdem wurde Rhees Vorschlag entsprechend Einführung des Zweikammersystems beschlossen. Andererseits werden die Rechte des Staatspräsidenten erheblich beschnitten, wohingegen der Ministerpräsident mehr Vollmachten erhalten soll. Dem Parlament wird die Möglichkeit gegeben, das Kabinett durch ein Mißtrauensvotum zum Rücktritt zu zwingen, allerdings erst frühestens ein Jahr nach



Die Bundesrepublik will die 16 Hamburger Schwimmdocks zurückkaufen
Es handelt sich um neun ehemals private und um sieben reichsregierte Schwimmdocks, die bei Kriegsende von den Engländern als Reparationen beschlagnahmt worden waren. Die Bundesrepublik soll hierfür 1,25 Millionen englische Pfund zahlen.

dem Amtsantritt des Ministerkollegiums. Die in Opposition stehende nationaldemokratische Partei hat die Absicht, einen zweiten verfassungsändernden Antrag einzubringen, der eine weitere Beschränkung der Vollmachten des Präsidenten vorsieht.

Sämtliche Verbände der UN-Streitkräfte verstärkten anlässlich des amerikanischen Unabhängigkeitstages ihren Druck auf die generischen Stellungen und Nachschublager. Trägerflugzeuge der US-Kriegsmarine setzten inzwischen ihre Angriffe gegen nordkoreanische Elektrizitätswerke fort. Die Artillerie der Alliierten eröffnete den Tag mit einem schweren Stahlhagel. Bei Luftkämpfen über nordkoreanischem Gebiet schossen amerikanische Saboteur-Jäger zwölf generische Maschinen vom Typ MIG-15 ab. Sechs weitere wurden beschädigt.

In Pan Mun Jon traten die Unterhändler auf Wunsch der Kommunisten zu einer Geheimtätigkeit zusammen, um die Verhandlungen über die Kriegsgefangenenfrage unter den Aspekten der neuen kommunistischen Vorschläge fortzusetzen.

Frankreich feiert seinen „Zeppelin“

Die Luftschiffe des Santos-Dumont - Als erster umflieg er den Eiffelturm

Dieser Tage wurde in der Pariser Vorstadt St. Cloud ein Denkmal zu Ehren Alberto Santos-Dumonts enthüllt, jenes brasilianischen Ingenieurs französischer Abkunft, der vor fünfzig Jahren das Tagesgespräch der Seine-Stadt war. Als erster Mensch war der damals 23jährige mit einem lenkbaren Luftschiff aufgestiegen und hatte alle Zweifler zum Trotz den Eiffelturm umflogen.

Zehn Kilometer hatte das cigarrenförmige Luftschiff Santos-Dumonts an jenem 19. Oktober des Jahres 1901 über den Köpfen tausender atemloser Zuschauer zurückgelegt, bevor es wieder auf seinem Startplatz im Park des französischen Aeroclubs niederging. Dort empfing der strahlende Pilot den Preis des französischen Bankiers Henry Deutsch de la Meurthe für sein kühnes Unternehmen in Höhe von 100 000 französischen Franken, eine Summe, die zu jenen sicheren Zeiten noch einen Wert von nahezu 95 000 DM entsprach.

Santos-Dumont war 25 Jahre alt, als er 1898 nach Paris kam. Der Bau von aus Ballons entwickelten Luftschiffen stand damals in Blüte. Schon hatten die Pioniere der Luftschiffahrt die unförmigen Gasballen mit Motoren ausgestattet, doch war es bisher nicht gelungen, diese Luftschiffe auf einem bestimmten Kurs zu steuern. Santos-Dumont löste das Problem, er bediente sich des gleichen Rudersystems, mit dem heute alle Flugzeuge ausgestattet sind.

Nach dreijähriger Experimentiertätigkeit gelang es ihm dann, das Gewicht des Automotors, mit dem er sein Luftschiff ausstattete, so zu vermindern, daß er mit sechs Kilogramm pro Pferdestärke nur mehr halb so schwer war wie die Motoren, mit denen seine Vorgänger gearbeitet hatten. Die Motorgondel brachte er möglichst weit entfernt von der mit Wasserstoff gefüllten Hülle des Luftschiffes an. Dadurch erreichte er, daß trotz zahlreicher Abstürze und Kollisionen mit Gebäuden und Bäumen keines der 14 Luftschiffe, die er im Laufe der Zeiten baute, explodierte.

Mit dem siebenten der von ihm konstruierten Luftschiffe, das mit Hilfe einer von der brasilianischen Regierung zur Verfügung gestellten Summe gebaut werden konnte, gelang es Santos-Dumont, den Preis des Bankiers zu gewinnen, der ihm die finanzielle Möglichkeit zur weiteren Verwirklichung seiner Ideen gab. Mit Luftschiff Nummer fünf hatte er den ersten Angriff auf den Preis unternommen. Am 12. Juli 1901 startete er in St. Cloud und kam glücklich am den Eiffelturm herum. Dann aber mußte er eine Notlandung vornehmen. Damals prophezeite der Pionier der modernen Luftfahrt, daß Luftreisen über den Atlantik innerhalb von zwei Tagen in näherer Zukunft liegen würden, als man es sich um die Jahrhundertwende vorstellen konnte. Er durfte es noch erleben, daß seine Prophezeiung wahr wurde, bevor er im Jahre 1903 in Minas Geraes, Brasilien, starb.

VOM TAGE

Prinz Ferdinand von Bayern und Bourbon, Infant von Spanien, wurde von Papst Pius XII. in Privataudienz empfangen.

Die Freilassung des Generalsekretärs des Wafd, Serag el Din Pascha, war eine der ersten Amtshandlungen des neuen ägyptischen Premiers Sirry Pascha. Serag el Din war wegen der blutigen Unruhen in Kairo verhaftet worden.

199 Kommunisten sollen im Juni bei den Bandenkämpfen in Malaya getötet worden sein, heißt es in dem Bericht des britischen Hochkommissars für Malaya, Templar.

Eine Gedenkmärke im Wert von 10 Pfennig gibt die Bundespost anlässlich der vom 25. Juli bis 3. August in Hannover stattfindenden Tagung des Lutherischen Weltbundes heraus.

Zum ersten Mal seit 15 Jahren haben deutsche Fischer vor Grönland ihre Netze ausgelegt. Die Expedition, die soeben zurückkehrte, hat mit moderner nautischer Ausrüstung und Radar erfolgreich gearbeitet.

Einer der modernsten Stratosphären-Bomber der USA, ein Flugzeug mit sechs Düsentriebwerken, ist in Florida abgestürzt. Alle drei Besatzungsmitglieder kamen ums Leben.

Eine zweitägige Konferenz des vorbereitenden Ausschusses der Montanunion begann in Brüssel. Auf der Tagung sollen die Themen für das bevorstehende Treffen des Ministerrates ausgearbeitet werden.

Grauenvoller Raubmord in Frankfurt

Frankfurt (UP). Der 76 Jahre alte Pensionär Johannes Saig wurde in seiner zwischen den Frankfurter Stadtteilen Bornheim und Seckbach gelegenen Gartenhütte geknebelt und an Händen und Füßen gefesselt ermordet aufgefunden. Der bzw. die Täter schnitten ihrem Opfer die Kehle vermutlich mit einem spitzen, scharfen Werkzeug bis zum Halswund durch. Saig lag entkleidet in seinem Bett, wo er von den Mördern überfallen worden sein muß. Da die Brieftasche und das Bargeld des Toten fehlen — er hatte am 1. Juli seine Pension in Höhe von 200 DM abgehoben — wird auf Raubmord geschlossen.

Mitbestimmung mit Beschränkung Industrie und Handwerk gegen DGB-Forderungen

Köln (UP). Das Deutsche Institut für öffentliche Einzelheiten der Besprechungen, die in Bonn zwischen den zentralen Unternehmensverbänden und Vertretern der Koalitionsparteien stattgefunden haben. Bei diesen Besprechungen seien von Unternehmensseite erneut nachdrücklich Bedenken gegen eine Entsendung „betriebsfremder Funktionäre“ in den Aufsichtsrat, wie sie vom DGB gefordert werde, geltend gemacht worden.

Das Präsidium des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks kritisierte in einer Verlautbarung die bisherigen Ergebnisse der parlamentarischen Beratungen des Betriebsverfassungsgesetzes, wobei es feststellte, daß diese Beratungen für die mittelständische Wirtschaft völlig unbefriedigend gewesen seien. Der Zentralverband setzt sich u. a. dafür ein, daß die Entscheidungsfreiheit des Betriebsinhabers auf personellem Gebiet gesichert werde, und lehnt das Mitbestimmungsrecht in Betrieben bis zu 100 Beschäftigten ab.

Ein „pseudologischer Psychopath“

Psychiatrisches Gutachten über Auerbach München (UP). Im Auerbach-Prozessbezug der medizinische Sachverständige Dr. Vult-Ziehen in seinem medizinischen Gutachten, der angeklagte frühere Leiter des Landesentscheidungsamts Bayern müsse als „pseudologischer Psychopath“ bezeichnet werden. Auerbach stehe zwischen „erheblicher Verminderung der Zurechnungsfähigkeit und gesunder Zurechnungsfähigkeit“, jedoch sei die strafrechtliche Verantwortlichkeit zu bejahen. Er sei ein erheblich kranker Mann und auch „zweifellos eine psychopathische Erscheinung“. Er befände sich „chronisch in gehobener Stimmungslage“. Sein Verhalten zeige, wie sehr er noch in der Pubertät stecke, sein undiscipliniertes Verhalten erinnere an einen Säugling und er sei ein pseudologischer Phantast.

Als Dr. Ziehen ausführte, daß Auerbach „nicht die Einsicht hatte, das Strafbare zu erkennen“, fragte ihn Auerbachs Verteidiger Klibansky: „Wie können Sie das sagen, ohne zu wissen, ob strafbare Handlungen überhaupt vorliegen?“ Der Sachverständige erwiderte, daß die „psychopathische Abartigkeit Auerbachs“ allein schon aus der „Doktorschwandelei“ zu ersehen sei. Auf die Anklündigung Klibansky, er werde den Sachverständigen aus „wissenschaftlich zerrüttetem“ rief Landgerichtsdirektor Mulzer in den Saal: „Herr Wachsmelster, einen Stuhl für den Sachverständigen.“

Ein Antrag Klibansky, den Sachverständigen Dr. Ziehen abzulehnen, da er von dessen Unparteilichkeit nicht überzeugt sei und Zweifel über dessen fachliches Können habe, wurde vom Gericht nach Überprüfung des Sachverhaltes abgelehnt. Die Verhandlung wird am Montag fortgesetzt.

Pinay setzte die Fleischpreise herab

Der Premier stellte die Vertrauensfrage Paris (UP). Der französische Ministerpräsident Pinay hat in der Nationalversammlung im Zusammenhang mit der Regierungsvorlage über die gleitende Lohnskala die Vertrauensfrage gestellt. Der Regierungsentwurf sieht vor, daß die Löhne automatisch erhöht werden sollen, wenn die Lebenshaltungskosten ansteigen. Die Nationalversammlung hatte die Vorlage in erster Lesung bereits gebilligt. Sie wurde jedoch von Rat der Republik abgelehnt, so daß die Vorlage bei der zweiten Lesung in der Nationalversammlung mit absoluter Mehrheit gebilligt werden muß. Die Abstimmung wird am Dienstag stattfinden. Ferner hat Pinay eine Verordnung erlassen, welche die Herabsetzung der Fleischpreise um 3,5 bis 28 Prozent vorsieht. Die Preise sollen bei teuren Fleischsorten nur wenig und bei den billigen am stärksten herabgesetzt werden.

Die SRP-Verteidiger reisten ab

Reden Remers auf Tonband - Zur Zeit 84 SRP-Prozesse

Karlsruhe (ZSH). Die Überraschung des vierten Verhandlungstages im SRP-Prozess vor dem Bundesverfassungsgericht war, daß die SRP ohne Verteidigung erschien. Sowohl die beiden Verteidiger Prof. Dr. Noack und Rechtsanwalt Dr. Schreiber, als auch die Vorstandsmitglieder der SRP, Dr. Doris, Dr. Krüger und Graf Westarp waren abgereist. Professor Dr. Hoepker-Aschoff kommentierte diesen Vorgang als Versuch, das Gericht unter Druck zu setzen. Vor ihrer Abreise hatten die SRP-Juristen erneut den Antrag auf Bewilligung des Armenrechts gestellt, der vom Gericht wiederum abgelehnt wurde.

Zur Beweisaufnahme in der Frage, ob die SRP als Nachfolgeorganisation der NSDAP zu betrachten sei, wurden Tonbandaufnahmen von Reden Remers im Gerichtssaal abgespielt. Darin erklärte Remer unter anderem, die Verwaltung dieser „glorreichen Bundesrepublik“ koste mehr als früher das ganze Großdeutsche Reich, einschließlich der Aufwendungen für SA und SS, gekostet hätte. Remer begründete seine „Entgleisungen“ mit dem Hinweis, daß es sich um agitatorische Wahlreden gehandelt habe, die man nicht mit dem üblichen Maßstab messen dürfe.

In Beantwortung der Frage über das Verhältnis der SRP zu dem Naheimer Kreis um Dr. Noack betonte Remer, daß sich seine Partei von dieser Gruppe klar distanziert habe.

„Es ist jedoch eine politische Notwendigkeit, in gewissen Fragen auch mit politischen Gegnern zeitweilig zusammenzugeben.“

Das Gericht beschäftigte sich sodann mit dem Zeugen Günther Peter Wichmann, einem Journalisten, der für die „New Yorker Times“ ein Interview mit Remer besorgte. Darin hatte Remer die Bundesregierung als „Skandal der Besatzungsmacht“ bezeichnet und erklärt, Dr. Adenauer handle „diktatorischer als Hitler“. Sowohl Remer als auch der als Zeuge vernommene Geschäftsführer der SRP, Helber, bestritten diese Formulierungen. Da Wichmann nicht alles wörtlich mitgeschrieben hatte, konnte das Gericht diese Frage nicht endgültig klären.

Vor Verhandlungsbeginn erklärte Geschäftsführer Helber vor Journalisten, seine Partei sei zur Zeit in 84 Prozesse verwickelt. Die Staatsanwaltschaft Lüneburg hat ein Ermittlungsverfahren gegen Graf Westarp eingestellt, weil das niedersächsische Parlament eine Aufhebung der Immunität des SRP-Fraktionsvorsitzenden abgelehnt hat. Gegen Graf Westarp hatte der Generaldirektor des Nordwestdeutschen Rundfunks, Dr. Grimme, Strafantrag wegen Beleidigung gestellt, weil dieser ihn in einer öffentlichen Versammlung als „bezahlten Landesverräter“ bezeichnet haben soll.

In Freiburg wird abgewickelt

Ruhe nach dem Sturm in der ehemaligen badischen Hauptstadt

Freiburg (UP). Der ehemalige badische Staatspräsident Leo Wohleb hat, nachdem am 17. Mai seine Amtszeit beendet war, seinen Regierungssitz im Colombi-Schlößchen in Freiburg nicht mehr betreten. Als Staatssekretär im Ruhestand räumt er jetzt in seiner Freiburger Wohnung die letzten Akten aus seiner Präsidentenzeit auf.

Über seine Zukunftspläne äußert sich Wohleb noch immer sehr zurückhaltend, aber manche Anzeichen deuten darauf hin, daß er keine große Neigung hat, den ihm angebotenen Botschafterposten in Lissabon zu übernehmen. Die „badische Sache“ scheint ihm noch immer mehr am Herzen zu liegen, und so fehlt er auch auf keiner Veranstaltung, in der politische Fragen des neuen südwestdeutschen Bundeslandes zur Debatte stehen.

Unterdessen wird das Land, das er fünf Jahre lang regierte, in den neuen, größeren Staatsverband aufgenommen. Diese Auflösung Südbadens und der anderen südwestdeutschen Länder — in der Beamtensprache „Abwicklung“ genannt — geht freilich langsamer vor sich als erwartet wurde. Man merkt zwar in den bisherigen Landesverwaltungen schon deutlich, daß es jetzt keinen Landtag mehr gibt und auch der Bundesrat keine Arbeiten mehr erfordert, aber sonst sind von den im Aufbau begriffenen neuen Stuttgarter Ministerien noch nicht viele Aufgaben übernommen worden.

Beamte sind nervös

Trotz der ungewöhnlichen Ruhe, die nach stürmischen Wochen und Monaten in den bisherigen Ministerien eingetreten ist, herrscht allgemein unter den Beamten und Angestellten eine merkliche Nervosität. Wünsche und Hoffnungen über die zukünftige Verwendung, Sorgen wegen des vorgesehene Verwaltungsabbaus, Unklarheiten über die Stellung der geplanten „Mittelinstanzen“ und nicht zuletzt über die neuen „Regierungspräsidenten“, das

alles schafft eine Atmosphäre der Unsicherheit, die diese Übergangszeit charakterisiert.

Eine große Rolle in den Überlegungen der Beamten spielt die Aussicht, nach Stuttgart versetzt zu werden. Eine allgemeine Umfrage ergab, daß viele Beamte und Angestellte es vorziehen würden, in der früheren Landeshauptstadt zu bleiben. Maßgebend dafür sind vor allem praktische Gründe, etwa die Wohnungsfrage, die Abseignung, wieder für lange Zeit von der Familie getrennt zu leben, oder die Schulfrage. Denn die Kinder der versetzten Beamten müßten in Stuttgart umgeschult werden, weil hier Englisch, in der französischen Zone jedoch Französisch die erste Fremdsprache ist. Andere Beamte gehen natürlich auch gern nach Stuttgart, wenn eine neue Aufgabe winkt oder Aussichten auf eine bessere Karriere bestehen. In diesen Tagen ist nun der erste lang erwartete „Beamten-schub“ gekommen. Er betrifft vor allem höhere Ministerialbeamte, die auf neue Posten in der „schwäbischen Metropole“ berufen wurden. Als erster maßgebender Beamter des ehemaligen Landes Südbaden war der Experte für die Stadt Kehl, Dr. Wilhelm Maier, nach Stuttgart übergesiedelt. In den nächsten Wochen werden ihm eine ganze Anzahl Ministerialräte folgen. Die Zentralinstanzen in Stuttgart sollen genau nach einem Schlüssel besetzt werden, der dem Bevölkerungsanteil der einzelnen Landestelle entspricht.

Was aus den bisherigen Landesverwaltungen wird, ob und wie viele Angestellte stellungslos werden und wann die „Abwicklung“ beendet sein wird, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Die Nachrichten, daß man für Tausende von Beamten und Angestellten keinen Platz mehr haben werde, sind nach Ansicht maßgebender Stellen freilich übertrieben.

Am Colombi-Schlößchen, Wohlebs früherem Regierungssitz, hängt vorläufig immer noch die badische Fahne.

Bauern fordern neues Agrar-Recht

Kundgebungen und Resolutionen des Deutschen Bauertages

Konstanz (UP/aw). Zu einer Demonstration der Landwirtschaft für die Erlangung der „Gleichberechtigung mit allen Volksteilen“ gestaltete sich der „Deutsche Bauertag 1952“ in Konstanz. Der Präsident des Hessischen Bauernverbandes, Kurt Wittmer-Eigenbrodt kündigte einen Initiativgesetzentwurf im Bundestag zur Ermittlung eines Einnahmen- und Ausgabenindex für die gesamte Landwirtschaft mit dem Ziel einer neuen Marktordnung an. Das Gesetz soll unter Berücksichtigung angemessener Preise, Löhne und Kapitalverzinsung die paritätische Angleichung des landwirtschaftlichen Lebensniveaus an dasjenige der übrigen Wirtschaft herbeiführen. Der Gesetzentwurf sehe unter anderem vor, durch Schaffung eines Netzes von „Testbetrieben“ die Index-Unterlagen zu gewinnen.

Weiter forderte der Sprecher billigere Kredite für die Anschaffung von landwirtschaftlichen Maschinen, eine stärkere Berücksichtigung der Agrarwirtschaft an den Universitäten und eine durchgreifende Reform des deutschen Agrarrechtes. Die Überwindung des „föderalistischen Wirrwarrs“ im Agrarrecht sei auch eine Vorbedingung für die europäische Agrarunion, die allerdings auch für die deutschen Bauern nur „in Parität“ denkbar sei.

Bundesernährungsminister Professor Niklas wurde in seinem Rechenschaftsbericht über das Landwirtschaftsjahr 1951 durch eine kommunistische Demonstration gegen die Bundesregierung und den Deutsch-landvertrag unterbrochen. Der Bundesminister konnte seine Rede erst fortsetzen, nachdem einige der Ruhestörer aus dem Saale entfernt worden waren. Drei von ihnen sind vorläufig festgenommen worden. Unter ihnen befinden sich der aus dem Ulmer Reichwehrprozeß bekannte Richard Scheringer und der ebenaufge Geschäftsleiter des Ludendorffverbandes, Hans Kurt.

Der Präsident des Bauernverbandes Württemberg-Hohenzollern, Bernhard Bauknecht,

kritisierte die Absichten der Stuttgarter Regierung in der Frage der Flurbereinigung, deren Pläne gegenüber der gegenwärtigen gesetzlichen Regelung in Württemberg-Baden eine Verschlechterung bringen würde. Mit der Flurbereinigung müsse auch eine Auflockerung des Dorfes Hand in Hand gehen. Bauknecht setzte sich für das Kleinbauerntum ein, besonders für den Bergbauern. Auch der kleinste Bauernbetrieb müsse erhalten werden, damit er aber existenzfähig bleiben könne, müsse er steuerlich entlastet werden.

Der Präsident des Badischen landwirtschaftlichen Hauptverbandes, Lambert Schill, hob die Bedeutung des Bauernverbandes als Einheit hervor. Wenn man das Gegen- und Nebeneinander der Vergangenheit betrachte, müsse die Schaffung des Bauernverbandes als ein gewaltiger Fortschritt angesehen werden. Konfessionelle Gegensätze und parteipolitische Streitigkeiten dürften nicht in die Berufsorganisation hineingetragen werden.

Landwirtschaftsminister Herrmann überbrachte die Größe der vorläufigen Landesregierung von Baden-Württemberg. Er bat, alles daran zu setzen, um gerade den Kleinbauern bei der Erhaltung ihrer Existenz zu helfen.

Auf der Kundgebung des Landfrauenverbandes referierte dessen Vorsitzende, Gräfin Leutrum, über die Stellung der Bäuerin in Familie, Gemeinde und Staat. In verschiedenen Resolutionen verlangte der Bauertag unter anderem die Steigerung des Milchabsatzes durch Befreiung von Getränke- und Speiseeissteuer, günstigere Sperrfristen für ausländisches Obst und Gemüse, die Bereitstellung von Bundesmitteln für den sogenannten „General-Plan“, sowie für Modernisierung und Rationalisierung des deutschen Obst- und Gemüsebaus, eine Erhöhung des Gemüsepreises, eine Erhöhung des Erzeugerpreises für Zuckerrüben, einen Beihilfenzwang für inländischen Raps bei der Magarineherstellung und die Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse beim Entwurf des Betriebsverfassungsgesetzes.

Ohne
ATA
geht
es
nicht



92/52c

Umschau in Karlsruhe

Gefängnis wegen sittlicher Verfehlungen
 Karlsruhe. In nichtöffentlicher Sitzung hatte sich vor dem Schöffengericht der 28-jährige ledige einschlägig vorbestrafte Julius G. zu verantworten, welcher am Vormittag des 20. September in Ettlingen auf dem Gehweg der Ballacher Straße durch schamloses Verhalten vor Frauen öffentliches Ärgernis erregte. Das Gericht bedachte den vermindert zurechnungsfähigen Angeklagten mit einer Gefängnisstrafe von acht Monaten unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Aus der badischen Heimat

Juwelier-Schaufenster ausgeraubt
 Mannheim (sw). Ein bisher unbekannter Täter hat das Schaufenster eines Juweliers in der Innenstadt ausgeraubt. Der raffiniert angelegte Einbruch hat dem Täter Schmuckstücke im Wert von über 3000 DM eingebracht. Nach dem Einbruch wird gefahndet.

Planung für Großrinderfeld im Gange
 Großrinderfeld (sw). Die Planung für den Wiederaufbau des von der Brandkatastrophe kürlich betroffenen Ortsteils der Gemeinde Großrinderfeld im Kreise Tauberbischofsheim ist bereits intensiv in Gang gekommen. Das abgebrannte Viertel soll künftig nicht mehr so eng bebaut, sondern stark aufgelockert werden. Neun der betroffenen Grundstückseigentümer haben sich schon bereit erklärt, ihre Höfe an einer anderen für sie günstigen Stelle in Großrinderfeld wieder aufbauen zu lassen. Der ursprüngliche Vorschlag der Landwirtschaftsbehörden, der eine gemeinsame Ansiedlung der Brandgeschädigten auf einem besonderen Weiler an der Gemarkungsgrenze vorsah, wurde von den Brandgeschädigten abgelehnt.

23 Oberbürgermeisterkandidaten

Dr. Neinhans zu den Wahlen in Heidelberg
 Heidelberg (sw). Der amtliche Wahlzettel für die Wahl des Heidelberger Oberbürgermeisters am 13. Juli enthält die Namen von 23 Kandidaten. Ursprünglich hatten sich insgesamt 30 Kandidaten beworben. Sieben haben ihre Kandidatur wieder zurückgezogen.
 Der Präsident der Verfassungskommision Landesversammlung, Dr. Neinhans (CDU), erklärte in Heidelberg, bei seiner eventuellen Wiederwahl am 13. Juli zum Oberbürgermeister der Stadt werde er seine Arbeitskraft „in vollkommener ausreichendem Maße“ der Stadt zur Verfügung stellen. Ob er vom Posten des Präsidenten der Landesversammlung im Falle seiner Wiederwahl zurücktreten könne er im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht sagen. Dies hängt davon ab, ob sich die beiden Ämter miteinander vereinbaren ließen. Seine Tätigkeit als Präsident sei gegenwärtig wegen der vielseitigen Übergangsaufgaben, die von der Landesversammlung zu erfüllen seien, sehr zeitraubend. Bei einem „normalen Betrieb in Stuttgart“ könne er beide Posten sehr wahrscheinlich ausfüllen. Falls er Oberbürgermeister werde, wolle er sich um eine Konzeption langfristiger Planungen bemühen.
 Dr. Neinhans hat die Presse, die solle sich schützend für geeignete Kandidaten einsetzen, der in der Öffentlichkeit durch Lügen verleumdeter werde. Er bestätigte in diesem Zusammenhang, daß er beim Amtsgericht Heidelberg Strafantrag gegen Unbekannt wegen verleumderischer Beleidigung gestellt habe, da ein Flugblatt in der Öffentlichkeit verteilt worden sei, in dem Äußerungen von ihm aus dem Jahre 1933 grüßlich entstellend und verfälscht seien.

Dreizehn Fälle von Kinderlähmung
 Mosbach (sw). In dem Ort Hallmersheim im Kreis Mosbach sind drei weitere Kinder an spinaler Kinderlähmung erkrankt. Vor einigen Tagen waren in der Kinderklinik Bad Friedrichshall zwei aus Hallmersheim stammende Kinder an dieser Krankheit gestorben. Insgesamt sind bis jetzt im Kreis Mosbach dreizehn Fälle von spinaler Kinderlähmung bekannt geworden.

Schweigern begibt seinen „Gewitterfeiertag“

Schweigern (sw). Die rund 1200 Einwohner zählende Gemeinde Schweigern im Landkreis Tauberbischofsheim begibt am Freitag einen etwas außergewöhnlichen Feiertag. Die Gemeinde gedenkt am 4. Juli jeweils der großen Katastrophe, die am gleichen Tag des Jahres 1774 über die Ortschaft hereinbrach. Nach alten Quellen war an diesem Tag „so ein heftig Wetter, daß es alles in den Erdboden schlug und die Bäume abriß“. So hielt es der damalige Pfarrer der Gemeinde in einer Chronik fest. Der Tag war ursprünglich als Buß- und Betttag der Gemeinde eingeführt, wird heute aber nur noch als Tag der Erinnerung und der Fürbitte begangen. Die damalige Gewitterkatastrophe soll, nach Angaben aus dem Rathaus des Orts, so stark gewesen sein, daß nur noch Peteralle auf den Feldern stand. In den meisten Häusern der Gemeinde wird deswegen bis auf den heutigen Tag ein Maultaschengericht am 4. Juli gegessen. Erst Jahre nach dem Unwetter, so wird weiter berichtet, hätten wieder Trauungen stattfinden können. Die Armut im Dorf sei „so groß“ gewesen, daß die jungen Leute nicht einmal einen Ehestand gründen konnten.

Die ganze Kreisumlage für den Straßenbau
 Pforzheim (sw). Der Kreistag des Landkreises Pforzheim hat im Haushaltplan für das neue Rechnungsjahr die gesamte Kreisumlage in Höhe von 830.957 DM für den Ausbau der kreiseigenen Straßen eingesetzt. Landrat Richard Dissinger erklärte, daß in den nächsten fünf Jahren noch etwa fünf Millionen DM aufgebracht werden müssen, um die Straßen den Erfordernissen des zunehmenden Verkehrs anzupassen.

Brauereibesitzer täglich verunglückt

Pforzheim (sw). Der 42 Jahre alte Direktor des Bayerischen Brauhauses Pforzheim, Otto Ruppner, verunglückte zwischen Elmendingen und Diellingen tödlich. Er war mit seinem neuen Wagen von der Fahrbahn abgekommen, über den Straßenraben auf eine Wiese geraten und dort auf einen Baum aufgefahren. Wie nachher festgestellt wurde, muß er ungefähr zehn Minuten nach dem Unfall seinen Verletzungen erlegen sein.

Bühler Zwetschgengest beginnt am 18. Juli

Bühl (sw). Das Bühler Zwetschgengest, wohl das größte Fest dieser Art im Bundesgebiet, das alljährlich Zehntausende in die Heimatstadt der „Bühler Frühzwetschen“ lockt, wird in diesem Jahre vom 18. Juli bis 11. August stattfinden. Die Festwochen beginnen mit der Wahl der „Blauen Königin“ am 18. Juli und bringen vom 1. bis 15. August eine Kunstausstellung, am 2., 3. und 9. August die traditionellen Veranstaltungen für die Schuljugend und nach dem Festbankett am 10. August den eigentlichen „Festtag der Blauen Königin“ mit einem Festzug historischer Gruppen aus ganz Mittelbaden. Den Ausklang bildet der 11. August, an dem der Bühler „Hauptjahrmarkt“ stattfindet.



Spaak besuchte Bundeskanzler Adenauer
 Der frühere Präsident des Europa-Rates und ehemalige belgische Ministerpräsident Paul Henri Spaak wurde von Bundespräsident Heuss empfangen und war Gast des Bundeskanzlers. Auf unserem Bild heißt es Konzier (rechts) Spaak herzlich willkommen.

150 Fernsprechanstalten gestört

Freiburg (sw). Durch das Gewitter, das über dem Breisgau niederging, wurden im Freiburger Netz etwa 150 Fernsprechanstalten durch Blitzschlag gestört. Teilweise wurden die in den Leitungen eingebauten Sicherungskästen zerstört, teilweise auch die Sicherungen in größeren Kabeleinrichtungen. Die Reparaturarbeiten werden voraussichtlich zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen.

Freiburg. Die badische Junge Union veranstaltet am kommenden Wochenende, am 5. und 6. Juli, in Offenburg ein „politisches Wochenende“ für die mittelbadischen Landkreise.

Donauwiesungen. Bei Bauarbeiten stürzte ein 23 Tonnen schwerer Bagger drei Meter tief ab. Der Baggerführer wurde aus der Maschine geschleudert und leicht verletzt.

Überlingen. Vom Bodenseeklub 1936 wird in der Zeit vom 5. bis 7. September in Konstanz, Meersburg und Überlingen ein Bodensee-Dudertreffen durchgeführt.

Walldürn. Mehr als 10.000 Heimatvertriebene nahmen an einer Wallfahrt zum Heiligen Blut in Walldürn teil.

Südwestdeutschland stöhnt unter der Hitze

Wassermangel an einzelnen Orten stark fühlbar - Hitze gut für 1952er Wein

Karlsruhe (sw). Die Bevölkerung Südwestdeutschlands stöhnt auch am Freitag unter der tropischen Hitze, die über den Städten und Dörfern liegt. Gegenüber dem Vortage stieg die Temperatur im allgemeinen etwas an. So wurden am Nachmittag in Stuttgart 34,5 Grad, in Tübingen 35 Grad, in Heidelberg 37 Grad (Donnerstag 35 Grad), Mannheim 36, Karlsruhe 35 und in Freiburg 33 Grad gemessen. Kurz vor 16 Uhr wurden auf Sankt Margarethen bei Basel 36,4 Grad registriert.

In vielen Städten und Gemeinden bereitet der Wassermangel immer größere Schwierigkeiten. Die Technischen Werke der Landeshauptstadt Stuttgart hatten bereits am Vortage Sparmaßnahmen eingeleitet. In den höher gelegenen Stadtteilen Tübingens ließ der Wasserdienst stark nach, so daß das Wasser für einige Stunden gesperrt werden mußte. Am Donnerstag und Freitag wurde von den Stadtwerken Tübingen ein Tanklöschwagen der Feuerwehr eingesetzt, um Wasser aus der Niederdruckleitung in den Hochbehälter hinaufzupumpen, der die Höhen mit Wasser versorgt. Die Schönbuch-Handgemeinde Waldorf im Kreise Tübingen ist bereits vier Tage ohne Leitungswasser. Das Wasser muß mühselig aus den Dorfbrunnen heraufgebracht werden. In Heidelberg ist Wasser trotz der Zunahme des Verbrauchs in genügenden Mengen vorhanden. Auch in Mannheim liegt der Wasserverbrauch noch nicht über der Kapazität der Wasserwerke, die 125.000 cbm täglich betragen. In Karlsruhe dagegen mußte die Stadtverwaltung die Bürger auffordern, mit Wasser sparsam umzugehen, da die Wasserversorgung der Stadt sonst ernstlich gefährdet würde. In und um Freiburg wird verschiedentlich das Wasser in den Nachtstunden gänzlich gesperrt. In den Gebieten am Hochrhein hat die anhaltende Trockenheit bereits zu schweren Schäden an den landwirtschaft-

lichen Kulturen geführt. Die Winzer des Markgräflerlandes glauben dagegen, daß die Hitze dem 1952er gut bekommt.

Daß die Flüsse und Freibäder mit Baden überfüllt sind, verzieht sich von selbst, auch daß der Verbrauch an Sprudel, Limonade, Eis, Milch und ähnlichen Erfrischungen sprunghaft angestiegen ist, so daß einzelne Betriebe schon nicht mehr liefern konnten.

Das Kultministerium hat den Schulen am Freitag wegen der Hitze nahegelegt, von der Veranstaltung der Bundesjugendspiele, vor allem aber des Leichtathletik-Dreikampfs Abstand zu nehmen. Beim Absinken der Temperatur beständen gegen die Fortsetzung der Veranstaltungen keine Bedenken.

Venus badete vor dem Finanzamt

„Sünderin“ in neuer Auflage

Pforzheim (sw). Das Pforzheimer Finanzamt ist in der beneidenswerten Lage, direkt vor seinem Torren einen Badestrand zu besitzen. Dort suchen nicht nur dann und wann die erschöpften Finanzbeamten ihre Lebensgeister wieder aufzufrischen, sondern auch andere unbesetzte Zeitgenossen. So zum Beispiel ein 27 Jahre alter Flüchtlings-Mädchen. Ungelernt zog sie sich am helllichten Nachmittag splittersackt aus und stieg grüßlich in die kühlen Fluten, die dort allerdings nur 20 cm tief sind. Es versteht sich von selbst, daß die badende Venus bald von einer größeren Zuschauermenge bestaunt wurde, und auch die sonst so trockenen Finanzbeamten ließen sich in den kleinsten alltäglichen naß-nackten „Spaß“ entgehen. Dem moralischen Leiter des Finanzamtes blieb schließlich nichts anderes übrig, als das Überfallkommando herbeizurufen, das sich der „Sünderin“ nicht ohne verständnisvolle Nachsicht annahm, denn das Thermometer zeigte im fraglichen Zeitpunkt immerhin runde 35 Grad Celsius — im Schatten.

Roman von Doris Eicke

Copyright by Verlagshaus Beutlingen GmbH & Spöhr

Das Herz muß schweigen

20. Fortsetzung
 „Der Lohrer hat sich dem Gericht bereits gestellt. Ist er schuldig, dann ist ihm das Zuchthaus sicher“, beschwichtigte sie der Polizist. Er ist froh, daß er ihr etwas so Tröstliches sagen kann; denn letztes Endes begreift er ihren Haß. Fast zwei Jahrzehnte hat sie ihn still mit sich herumgetragen, jetzt ist die Stunde gekommen, in der er nach Vergeltung schreien darf.
 Da Großmutter Viotta nichts weiteres angeben kann, steht der Landjäger stumm auf. Es ist nicht sehr gemütlich in dieser kalten Küche und vor dem schmerzstarren Gesicht dieser greisen Dulderin.
 „Vielleicht müßt ihr noch in die Stadt ins Polizeihaus gehen. Ich sage euch Bescheid, wenn es nötig ist. Für heute bin ich fertig. Gute Nacht und herzlichsten Beifall, Frau Viotta!“
 Die Alte merkt kaum, daß er geht. Sie sinkt auf den nächsten Stuhl und wirft dabei etwas zur Erde. Als sie sich danach bückt, ist es ihr wolles Tuch, das sie dem Beutner zurücklassen mußte.
 „Wie kommt das jetzt herbei?“ fragt sie verwundert und dreht es nach allen Seiten.
 „Ich habe es beim Beutner herangeholt“, beantwortet die Lochbäuerin einsetzend die Frage. „Er ist ein schätzig Mensch, sonst hätte er nicht wegen der paar Batzen einer alten Frau noch das bittichen Wollt von Leib gelassen.“
 Frau Viotta schaut sie seltsam an:
 „Und was ist euer Mann für ein Mensch, daß er eine alte Frau ihrer letzten Stütze beraubt, ihr Kind in den Abgrund stößt, nur aus böser Lust?“
 „Nein“, schreit die Lochbäuerin, „tausendmal nein! Er hat ja gebettelt, daß Marieli anhalten sollte, immer wieder; aber sie ist halt gelassen vor ihm und hat nicht auf ihn hören wollen!“
 „So, gelassen ist das Marieli vor ihm? Das geht ihr selber zu? Also hat er ihr doch Böses antun wollen?“ fragt sie lauernd.
 „Nein, nein“, wehrt die Lochbäuerin abermals

ab, „Böses nicht; die alte Liebe ist halt wieder in ihm erwacht.“
 „Die alte Liebe!“ Die Großmutter stößt ein heiseres Lachen aus.
 „Glaubt mir, Frau Viotta, Niklaus hat es eingesehen, daß es an Marieli fehlte. Er hat es gemacht wollen.“
 „Daran hat er sie ins Tobel gejagt...“
 „Das hat er nicht getan; es war ein Unglück und nicht sein Verschulden.“
 „Euch macht die Liebe blind, Lochbäuerin!“ Die Frau schüttelt traurig den Kopf.
 „So ist es nie gewesen, daß ich Niklaus Fehler nicht klar gesehen hätte. Er hat mir alles geberichtet, von Anfang an.“
 „So etwas berichtet ein Mann seiner Frau nicht!“
 „Wenn er aber keinen besseren Freund hat als diese Frau? Niklaus ist ein gebrochener Mensch, seit Marieli vor seinen Augen versunken ist.“
 „Das ist nur die Angst vor der Strafe.“
 Die Bäuerin seufzt. Unruhig streichen ihre Hände die Rockfalten glatt.
 „Der Haß macht euch ungerecht, Frau Viotta“ sagt sie laut. „Wäre eure Tochter am Leben geblieben, so hätte Niklaus sie an meiner Stelle zur Bäuerin auf seinem Hof gemacht.“
 Dies verschlägt aus der alten Frau doch den Atem.
 „Und ihr?“ fragt sie ungläubig.
 „Ich? Ich habe dem Hof keine Kinder geboren.“
 Einen Augenblick durschleift Frau Viotta etwas viel Mitleid vor diesem tragischen Unvermögen; aber es ist gleich wieder vorbei.
 „Und ihr?“ fragt sie noch einmal, und diesmal ist ein verstohenes Lachen in ihrer Stimme.
 „Hättet ihr Marieli Platz gemacht?“
 „Gewiß!“ antwortet die Frau.
 „Und das soll ich euch glauben?“
 „Niklaus hat mich nie lieben können; mit Marieli wäre er sicher glücklich geworden.“
 „Ihr seid eine merkwürdige Frau, und eines ist sicher: redet ihr die Wahrheit, so verdient euch der Lohrer nicht!“

„Ihr kennt ihn nicht, wie er heute ist. Seine wilden Jahre hat er hinter sich, und sein besseres Ich hat sich durchgesetzt. Ich könnte ihn sonst nicht so lieben...“ Die Bäuerin verstummt, als hätte ihr jemand die Rede abgeschnitten. Schamröte färbt ihr das Gesicht. Im Ester der Verteidigung hat sie ihr Gebetsmahl preisgegeben.

Die alte Frau beobachtet sie aufmerksam. Sie muß an den Viotta denken und wie gut sie ihm selbst gewesen ist.

„Arme Frau!“ murmelt sie unwillkürlich. „Um das Eweli macht euch keine Sorgen“, lächelt die Bäuerin hastig fort; „dem soll's an nichts mangeln.“

Sofort wird das alte Gesicht wieder hart und streng.
 „Mit Geld läßt sich keine Schuld abkaufen“, sagt die Großmutter scharf. „Wir sind zwar arm, aber nicht ohne Stolz. Ist's so lange gegangen, so geht's auch weiter. Das Eweli ist jetzt groß. Wenn es sein muß, wird es halt Dienstmagd bleiben sein Leben lang. Es wird sowieso keine Hilfe annehmen von einem, der seine Mutter auf dem Gewissen hat.“

„Frau Viotta, glaubt mir doch, Niklaus ist kein Mörder!“
 „Für mich ist er einer und bleibt's in alle Ewigkeit!“

Im Gesicht der Bäuerin erlischt bei diesen Worten jede Hoffnung. Als sie den Berg heraufkam, hat sie gemeint, es könnte möglich sein, Marieli Mutter zu überzeugen, daß ihren Mann keine Schuld an diesem tragischen Tod treffe. Es wäre für ihre Aussage vor Gericht wichtig gewesen. Vor dem harten Gesicht der Alten begreift sie, daß sie diesen Weg umsonst gemacht hat. Sie kann dieser Schwergedrückten nicht einmal zürnen, daß sie so unerbittlich bleibt. Der frevelhafte Leichtsinns Niklaus hat ihr das halbe Leben überschattet, und jetzt liegt das Alter einsam und trotzig vor ihr. Müde wendet sie sich zum Gehen, hält aber unter der Tür noch einmal an.
 „Wie geht es dem Eweli?“ fragt sie fast schüchtern.
 „Es ist operiert. Gut geht es ihm nicht. Es macht sich halt Gedanken um sein Miedli. Heute hat es Fieber bekommen.“
 „Wenn nur das nicht noch darankommt!“ mur-

melt trocken die Bäuerin. Dann fügt sie lautes hinzu: „Ihr müßt Eweli die Wahrheit verbergen, bis es geklärt ist; es könnte sie jetzt nicht ertragen. Bedenkt das gut!“

„Was soll ich ihm sagen, wenn es immer nach seiner Mutter fragt?“
 „Sagt ihm“ — die Lochbäuerin forschet mit jugendlichen Gedanken nach einem guten Rat und findet ihn schließlich — „sagt ihm, seine Mutter sei im Dunkel gestürzt und hätte sich den Fuß gebrochen. Mitleidige Leute hätten sie forgeschafft, zu sich in ihr Haus genommen. Jetzt müsse sie dort bleiben.“

Frau Viotta ist diesen Worten mit Aufmerksamkeitsfolge. Jetzt nickt sie.
 „Das ist eine gute Lüge, hat Hand und Fuß“, sagt sie bitter. „Ihr versteht euch darauf. Da wird wohl auch das andere ein Märlein sein, daß Niklaus mein Marieli heiraten wollte. Ich kann euch so etwas nicht glauben.“

„Frau Viotta, bei meiner Seele Seligkeit...“
 „Tut nicht schwören, Frau! Ich weiß, ihr lügt nicht um Schleichwegen. Ihr habt ein gutes Gesicht, aber die Liebe macht euch halt zum Narren! Es ist Marieli nicht anders ergangen; sie hätte brennen und stehlen können für Niklaus und ist doch sonst ein grandehlicher Mensch gewesen.“

„Wenn es so ist, Frau Viotta, müßt ihr euch das nicht zu denken geben? Es muß doch etwas Gutes an Niklaus sein, das uns zwingt, ihm so anzuhängen.“

„Bahl“ machte die Alte verächtlich. „Gerade Glieder und ein schmuckes Gesicht, das sticht in die Augen und betriegt das Herz.“

Die Lochbäuerin läßt mutlos die Arme hängen. „Ihr tut ihm unrecht, aber ich kann es nicht beweisen“, sagt sie schmerzlich. „Lebt wohl!“
 Kaum hat sich die Tür hinter der Bäuerin geschlossen, tut es der Großmutter schon leid, daß sie sie gehen ließ. Noch schwingt ihre innere, traurige Stimme im Raum, noch liegt auf allen Dingen ein Hauch ihrer menschlichen Wärme, dahinter aber grinst trotzig die Einsamkeit, und vor ihr liegt eine lange Nacht. Die Lochbäuerin hat ein warmes Herz. Sie wäre vielleicht geblieben, in Marieli Bett, wenn sie sich vernünftlicher geäußert hätte.
 (Fortsetzung folgt)